

Kein Werben für's Töten und Sterben

Werbung der Bundeswehr in Öffentlichkeit und Schulen

Vom 1. Juli 2011 an ist die Wehrpflicht ausgesetzt, die Bundeswehr ist jetzt faktisch eine reine Freiwilligen-Armee. Die Wehrmotivation in der Gesellschaft aber schwindet mit jedem weiteren aus einem Auslandseinsatz heimkehrenden Zinksarg. Jedes Jahr benötigt die Bundeswehr rund 20.000 neue RekrutInnen. Um auswählen zu können, sollen sich 60.000 junge Menschen bewerben – doch der Dienst an der Waffe ist unpopulär.

Durch Werbung mit einer vermeintlich hochwertigen Ausbildung als Zeit- oder BerufssoldatIn, Prämien bei Auslandseinsätzen und einem todsicheren Arbeitsplatz („...kein Beruf wie jeder andere...“, von der Leyen) versucht die Bundeswehr diesem Trend entgegen zu wirken.

Aufwändig inszenierte Militärrituale wie öffentliche Gelöbnisse und Trauerfeiern, gigantische Werbekampagnen und nicht zuletzt die zahlreichen Werbeauftritte von "Wehrdienstberatern" und "Jugendoffizieren" an unseren Schulen sollen militärische Denkmuster und Verhaltensweisen zum selbstverständlichen Bestandteil des Alltags machen.

Kooperation von Schule und Bundeswehr

Mit vielfältigen und finanziell gut ausgestatteten Maßnahmen versucht die Bundeswehr junge SoldatInnen zu rekrutieren und die schulische Bildung zu beeinflussen:

- Unterrichtsstunden werden komplett durch die Jugendoffiziere gestaltet,
- es gibt Bildungsveranstaltungen der Bundeswehr für LehrerInnen und Referendare,
- geworben wird mit multimedialen Trucks auf Schulhöfen und mit Werbeständen auf Messen zur Berufsorientierung Jugendlicher,
- Offiziere laden Klassen zum Tag der offenen Tür in Kasernen ein,
- sogar Schießsimulationen führt die Bundeswehr mit jungen SchülerInnen durch.

So genannte *Kooperationsvereinbarungen* zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien in derzeit acht Bundesländern sollen dafür sorgen, dass Jugendoffiziere die Deutungshoheit über Fragen der Sicherheitspolitik in Schulen erlangen.

Widerstand gegen die Militarisierung von Bildung

In den Schulgesetzen der Länder werden friedenspädagogische Ziele formuliert wie beispielsweise im Niedersächsischen Schulgesetz (§2 NschG): „*Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, den Gedanken der Völkerverständigung, ... zu erfassen*“ und „*... Konflikte vernunftgemäß zu lösen*“.

Doch wo junge Menschen am Schießsimulator üben und in einem professionellen Planspiel (POL&IS) der Bundeswehr Atomwaffen einsetzen können, kann von einer *verantwortungsvollen Erziehung zu internationaler Verständigung und Frieden* (UNESCO) keine Rede sein. Es gibt inzwischen in der Bundesrepublik Beispiele dafür, dass SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sich gegen die Präsenz der Bundeswehr in ihrer Schule wehren.

Der *Aachener Friedenspreis 2013* wurde an zwei Schulen (**Robert-Blum-Gymnasium in Berlin und Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach a. M.**) verliehen, die per Konferenzbeschluss festgelegt haben, keine Kooperation mit der Bundeswehr einzugehen.

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Schule ohne Bundeswehr Göttingen
sobgoe.noblogs.org
sobgoe@riseup.net

